

Heimatbuch
des Kreises Viersen
2001

FREMD- UND ZWANGSARBEITER IM GEBIET
DES HEUTIGEN KREISES VIERSEN 1939–1945.
EINE SKIZZE.

VON GERHARD REHM

Die aktuelle politische Diskussion über die Entschädigung der Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkriegs als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter unterschiedlicher Art und Herkunft nach Deutschland gebracht wurden und dort in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft arbeiten mußten, hat dazu beigetragen, daß sich die Historiker verstärkt um die Erforschung der Geschichte dieser Personengruppe bemühen. Unbearbeitet war das Thema auch vorher nicht, und zumindest seit der grundlegenden Studie von Ulrich HERBERT aus dem Jahre 1985 besteht weitgehend Klarheit über die politischen und ideologischen Implikationen des Fremdarbeitereinsatzes im Gefüge der widerstreitenden Interessen im nationalsozialistischen Staat¹. Dringend notwendig und inzwischen auch in größerer Zahl erarbeitet sind hingegen regionale und lokale Studien, die vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung die Verhältnisse vor Ort konkret untersuchen, somit zu einer vertieften Kenntnis der Geschichte der Zwangsarbeiter beitragen und vor allem die Unterschiede in der Behandlung von Fremdarbeitern thematisieren. Denn ihre Lebensbedingungen und Überlebenschancen hingen in entscheidendem Maße davon ab, ob sie z. B. in Industriebetrieben des Ruhrgebietes, in Fabriken des kleinstädtischen Raumes oder in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Gerade über die Verhältnisse in den Kleinstädten und im ländlichen Raum wissen wir weniger als über den Zwangsarbeitereinsatz in den industriellen Zentren².

So ist denn auch das Gebiet des Niederrheins hinsichtlich des Themas „Zwangsarbeiter“ nicht völlig unbeackert. Soweit ich sehe, kommt dem Buch von Aurel BILLSTEIN über die Zwangsarbeiter in Krefeld und der näheren Umgebung der Stadt in zeitlicher Hinsicht eine Vorreiterrolle zu, wenn auch Methode und Ergebnisse unbefriedigend sind³. Aus der näheren Umgebung des Kreises Viersen liegen einschlägige Studien zu Mönchengladbach und Neukirchen-Vluyn vor⁴, für den Kreis selbst ist hin-

- 1 Ulrich HERBERT, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999 (Neuaufgabe). Zur Forschungsgeschichte ebd. S. 13ff. und 416ff. und Jörg OSTERLOH, *Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie (= Berichte und Studien 3)* Dresden 1995.
- 2 Als Fallstudie aus einer anderen Region siehe: Gabriele FREITAG, *Zwangsarbeiter im Lipper Land. Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945*, Bochum 1996.
- 3 Aurel BILLSTEIN, *Fremdarbeiter in unserer Stadt 1939–1945. Kriegsgefangene und deportierte „fremdvölkische Arbeitskräfte“ am Beispiel Krefelds*, Frankfurt a.M. 1980. Diese Beurteilung der Arbeit Billsteins auch bei HERBERT, *Zwangsarbeiter*, S. 440. Unbefriedigend ist vor allem, daß sich Billstein fast nur auf die Gestapoakten im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf stützt und über die Einzelfälle hinaus nicht zu einer Gesamtgeschichte der Zwangsarbeiter in Krefeld gelangt.
- 4 Karl BOLAND, *Zivilarbeiter und Kriegsgefangene. Beobachtungen und Erfahrungen in Mönchengladbach und Rheydt*, in: *Geschichte im Westen* 8 (1993), S. 38–64; ders., *Zum Einsatz von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen während des II. Weltkrieges in Mönchengladbach und Rheydt*, in: *Rheydter Jahrbuch für Geschichte, Kunst und Heimatkunde* 22 (1995) 11–56; *Zwangsarbeiter in Neukirchen-Vluyn 1939–1945. Mit Beiträgen von Peter PECHMANN u. a.* (= *Schriften des Museumsvereins Neukirchen-Vluyn* 1), Köln 1992.

gegen festzustellen, daß das Thema Zwangsarbeiter noch nicht als eigenständiger Gegenstand bearbeitet worden ist. Bereits dieser Sachverhalt rechtfertigt die vorliegende Skizze, die durch eine Gesamtgeschichte in den nächsten Jahren ersetzt werden soll⁵.

Überblickt man die heimat- und ortsgeschichtliche Literatur für den Kreis Viersen bzw. Kempen-Krefeld, so fällt auf, daß das Thema Zwangsarbeiter ernsthaft nur aus einem Blickwinkel zur Sprache kommt: Die von ehemaligen Fremdarbeitern unternommenen Plünderungen, Diebstähle, Vergewaltigungen und Morde in den Wochen und Monaten unmittelbar nach dem Einmarsch alliierter Truppen werden relativ ausführlich dargestellt, während die Vorgeschichte, also die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter, ihre Behandlung durch Partei, Staat, Verwaltung und Bürger vor Ort kaum in den Blick genommen wird⁶. Die Geschichte der Zwangsarbeiter wird in der umfassenden Geschichte Kaldenkirchens nur summarisch behandelt, während den Bedrückungen der einheimischen Bevölkerung durch die "displaced persons" 1945 wesentlich mehr Raum geschenkt wird. Gerade für diese Stadt liegen nahezu 300 Zwangsarbeiterkarteikarten bzw. entsprechende Namenlisten vor, die es ermöglichen, etwas über diese Personengruppe auszusagen und sie anhand der beigefügten Paßfotos auch optisch aus der Anonymität zu heben⁷. In Gottfried KRICKERs Geschichte Anraths werden ausschließlich die sicherlich harten Bedrückungen der einheimischen Bevölkerung durch die im Anrather Gefängnis konzentrierten Zwangsarbeiter geschildert⁸. Ausführlicher geht Ludwig HÜGEN auf die Geschichte der Zwangsarbeiter in Schiefbahn ein, ohne deren Ausschreitungen nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen zu übersehen⁹. In Friedhelm WEINFORTHs Geschichte St. Huberts ist ebenfalls von den Ausschreitungen der 1945 befreiten Polen, Russen und Ukrainer die Rede, während deren Geschichte unter nationalsozialistischer Herrschaft kaum dargestellt wird. Aufschlußreich ist seine Darstellung der Fälle von „Rassenschande“ anhand der Düsseldorfer Gestapoakten¹⁰. Der Verwaltungsbericht des

5 *Der Kreis Viersen wird für eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeiter eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme fördern. Auch deshalb brauchen hier die allgemeinen Hintergründe der Fremdarbeiterpolitik sowie die rechtlichen Bedingungen nicht ausführlich dargestellt zu werden. Eine Zusammenstellung der einschlägigen Erlasse über die Behandlung von Fremdarbeitern enthält z. B. Kreisarchiv Viersen (im folgenden KAV), Gemeindearchiv (GA) Oedt 2263.*

6 *Die Tendenz der Deutschen, lediglich die Ausschreitungen der ehemaligen Fremdarbeiter wahrzunehmen, ohne deren vorübergehende Lebensumstände zu berücksichtigen, beschreibt auch Saul K. PADOVER, Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt am Main 1999, z. B. S. 278ff. Im übrigen wundert sich Padover über das geringe Ausmaß von Rachemaßnahmen der Fremdarbeiter nach ihrer Befreiung durch alliierte Truppen. Er weist zudem auf Plünderungen und Diebstahl durch Deutsche einschließlich Wehrmachtangehöriger während des Zusammenbruchs hin. In einem Bericht des Breyeller Bürgermeisters vom 9. Dezember 1944 heißt es: „In den letzten Wochen wurden in meinem Amtsbezirk durch Wehrmacht und Schanzarbeiter Diebstähle durchgeführt, die einer Plünderung gleichkommen. Das gesamte Benehmen der Wehrmacht ist so, dass das ganze Ansehen derselben vollständig untergraben wird. Nicht ein kleiner Teil sondern ein sehr grosser Teil der Truppe nimmt keine Rücksicht darauf, dass sie sich auf deutschem Boden befindet und dass sie mit deutschen Menschen zu tun haben ...“ (GA Breyell 212, Bl. 25)*

7 *Leo PETERS, Geschichte der Stadt Kaldenkirchen Bd. 2, Kleve 1998, S. 112, 125, 132. Zu Bracht siehe: Hans WOLTERS, Das Leben in der zwangsgeräumten Gemeinde Bracht nach der „Stunde Null“, in: HBV 45 (1994), S. 129–145, hier S. 134.*

8 *Gottfried KRICKER, Geschichte der Gemeinde Anrath (= Schriftenreihe des Landkreises Kempen-Krefeld 7), Kempen 1959, S. 452f. Gerade in dieser relativ kurz nach den Ereignissen verfaßten Gemeindegeschichte hätten Zeitzeugenberichte den Mangel an schriftlichen Quellen ausgleichen können.*

9 *Ludwig HÜGEN, Schiefbahn. Geschichte eines Dorfes am Niederrhein, Kleve 1997, S. 376ff., 422f.*

10 *Friedhelm WEINFORTH, Geschichte von St. Hubert, St. Hubert 1997, S. 321f., 335f.; siehe unten S. 217.*

Landkreises Kempen-Krefeld 1945–1950 formuliert: „Es zeigte sich, daß lichtscheue Elemente nicht selten auch unter den sogenannten (!) Zwangsdeportierten in der Übergangszeit mit brachialer Gewalt sich häufig in den Besitz von Lebensmitteln, Radioapparaten, Fahrrädern und anderen brauchbaren Gütern setzten und vor weiteren Gewalttaten nicht zurückschreckten, was neben der schweren Belastung, die eine Besatzung zwangsläufig verursacht, besonders drückend empfunden wurde Eine wesentliche Entlastung trat jedoch erst ein, nachdem die ausländischen zivilen Kräfte auf Waffen durchsucht, in Lagern zusammengefaßt und später zum größten Teil in ihre Heimat zurückgeleitet werden konnten“¹¹. Auch wenn die Jahre vor 1945 nicht zum Berichtszeitraum gehören, hätte der Zusammenhang zwischen Deportation, Zwangsarbeit und Ausschreitungen zumindest angedeutet werden müssen. Sonst entsteht die Vorstellung, der Kreis habe in „Notwehr“ gegen zahlreiche Fremde gehandelt, die sich auf offenbar mysteriöse Weise („sogenannte“) eingeschlichen haben, die nun freundlicherweise „zurückgeleitet“ werden müssen.

Dieser Befund einer starken Betonung der Nachkriegszeit und der Auswirkungen der Anwesenheit von Zwangsarbeitern auf das eigene Befinden hängt sicherlich auch mit der insgesamt schlechten Quellenlage zusammen. Zahlreiche Akten der Städte und Gemeinden sind in den letzten Kriegswochen vernichtet worden, sei es durch unmittelbare Kriegsereignisse, sei es durch gezielte Zerstörung seitens der Verwaltung selbst. Für Lobberich z. B. liegt ein Verzeichnis derjenigen Akten vor, die am 9. September 1944, angesichts der sich nähernden Front, vernichtet worden sind: neben Geheimsachen, Juden- und Kirchenangelegenheiten, Pressewesen und politischen Parteisachen die komplette Registratur über ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene¹². Es es nicht verwunderlich, daß wir angesichts dieser Vorgehensweise heute über Fremdarbeiter in dem Industriestandort Lobberich so gut wie nichts wissen. Auf ähnliche Weise dürfte das vollständige Fehlen einschlägiger Akten für die Kreisstadt Kempen und die Stadt Viersen zu erklären sein. Ausgesprochen dünn fließen die Quellen auch z. B. für Hinsbeck, Süchteln, Dülken, Grefrath, Willich, Neersen und St. Tönis. Der einseitige Befund hat aber auch damit zu tun, daß die Bevölkerung die Zwangsarbeiter erst dann wahrnahm, als sie selbst Opfer von Willkür und Ungerechtigkeit wurde.

Wo Akten fehlen, gewinnen Erlebnisberichte als historische Quelle an Bedeutung. Besonders hingewiesen sei auf die Augenzeugnisse von Klaus MARCUS über die Lage der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter in Viersen. Wohltuend nüchtern und präzise berichtet er über die aufs Ganze gesehen zufriedenstellende Unterbringung und Versorgung der ausländischen Arbeiter auf den Bauernhöfen und in den Fabriken, ohne die Beschwerden der einheimischen Bevölkerung durch Beschlagnahme von Wohnraum zugunsten der displaced persons und die Bedrohung durch umherstreifende Banden nach Kriegsende zu verharmlosen¹³.

11 *Verwaltungsbericht des Kreises Kempen Krefeld 1945–1950*, S. 37. *Die Leiden der einheimischen Bevölkerung durch marodierende ehemalige Zwangsarbeiter, die ja durchaus Menschen beraubt, vergewaltigt und umgebracht haben, sollen keineswegs verharmlost werden. Es geht ausschließlich darum, diese Verbrechen in den Zusammenhang mit der Vorgeschichte zu stellen. Amerikanische Soldaten der psychologischen Kriegsführung waren 1944/45 erstaunt, in welch geringem Maße sich die Zwangsarbeiter trotz ihrer Wut und ihren Rachegefühlen an den Deutschen rächten.* Vgl. PADOVER, *Lügendetektor*.

12 *StA Lobberich 2126*

13 Klaus MARCUS, *Der große Krieg und die kleine Stadt. Alt-Viersener Chronik 1939–1945*, Viersen o.J. S. 98, 364ff., 396ff. *Aus dem Nachbarkreis Geldern liegen die Tagebuchaufzeichnungen eines niederländischen Zwangsarbeiters vor: Evert KRUIJSWIJK, Als Zwangsarbeiter in Pont. Tagebuch 1944/45*, in: *Geldrischer Heimatkalender 2000*, S. 200–211.

Trotz der Vernichtung von Akten auf den Rathäusern enthält die kommunale Aktenüberlieferung aufs Ganze gesehen immer noch die aussagekräftigsten Quellen über den Fremdarbeitereinsatz im Kreis Viersen. Die einschlägigen Akten der Regierungspräsidien oder Parteidienststellen fehlen zur Gänze, besonders bedauerndswert ist der Ausfall der Überlieferung der Arbeitsämter, die den Fremdarbeitereinsatz zu organisieren hatten. Für unseren Raum hat auch der Versuch, über Firmenarchive an zusätzliche Informationen zu gelangen, bisher zu keinen positiven Ergebnissen geführt^{13a}.

Zu den Voraussetzungen des Fremdarbeitereinsatzes

Kennzeichnend für die Kriegswirtschaft im 3. Reich war der permanente Arbeitskräftemangel, dessen Ausmaß direkte Auswirkungen auf die Situation der als Zivilarbeiter oder als Kriegsgefangene eingesetzten Ausländer hatte. Insbesondere als sich im Winter 1941/42 in den Weiten der Sowjetunion die Führung eines erneuten Blitzkrieges als illusionär herausstellte und Militär- und Wirtschaftsplanung einen Abnutzungskrieg in Betracht ziehen mußten, wurde die Bedeutung der Fremdarbeiter für die Rüstungswirtschaft und in der Landwirtschaft immer größer¹⁴. Das Oberkommando der Wehrmacht versuchte im Rahmen des von Hitler befohlenen Arbeitseinsatzes sowjetischer Kriegsgefangener die Arbeitsfähigkeit dieser meist unterernährten Soldaten herzustellen¹⁵. Hierzu gehörten ausreichende Ernährung und Bekleidung, Unterbringung in heizbaren Räumen und ärztliche Überwachung. Die Zielrichtung dieser Maßnahmen wird deutlich ausgesprochen: „Der auf solche Weise versorgte Kr[iegs] Gef[angene] wird dann im deutschen Produktionsprozeß nutzbringend angesetzt werden können“. Um keine ideologischen Zweifel aufkommen zu lassen, wurde betont: „Die vorstehenden Maßnahmen zur körperlichen Kräftigung von sowjet[ischen] Kr[iegs] Gef[angenen] sind zweckbedingt und berühren nicht die geistige und politisch-weltanschauliche Einstellung zu den Sowjets an sich“. Die Dringlichkeit, deutsche Arbeitskräfte in der Rüstungswirtschaft durch Kriegsgefangene zu ersetzen, kommt deutlich in einem ‚Führerbefehl‘ vom Dezember 1941 zum Ausdruck: „Die Zuführung der sowjet. Kr. Gef. in die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ist für die Aufrechterhaltung der Rüstungskapazität und für die Leistungsfähigkeit unserer Kriegswirtschaft nunmehr entscheidendes Problem geworden“¹⁶. Der Einsatz von ausländischen Arbeitern im 3. Reich und die Einstellung zu den Ostarbeitern war keineswegs fest durch rassepolitische Prämissen geprägt, sondern mußte stets in den innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Priorität ideologischer oder wirtschaftlicher Gesichtspunkte neu bestimmt werden. Nach einem Merkblatt der Gestapo Düsseldorf vom 24. Juni 1942 legen die russischen Arbeitskräfte beredt Zeugnis ab, „daß es dem Bolschewismus gelungen ist, alle menschlichen Werte zu vernichten und im russischen Volk einen biologischen Tiefstand zu erzielen, der jede Gemeinschaft mit diesen Men-

13a Nach Abschluß des Manuskripts erhielt ich die Information, daß bei der Firma Breyeller Stahl GmbH, ehemals Rötzel, Schichtenlisten und Lohnaufstellungen russischer Arbeiter 1942–1945 erhalten geblieben sind. Die wichtigen Quellen werden in der in Anm. 5 angekündigten Untersuchung ausgewertet.

14 Ulrich HERBERT (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. *Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen 1991, S. 7ff.

15 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 109–111; nach HERBERT, *Europa*, S. 11 starben bis Ende 1941 mehr als die Hälfte der 3,3 Millionen in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten an Hunger, Kälte, Erschöpfung oder Gewalt.

16 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 111.

schen ausschließt“¹⁷. Wie „flexibel“ Partei- und Staatsinstanzen auf veränderte Verhältnisse reagierten, zeigt 1944 deutlich ein Aufruf Fritz Sauckels, des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, in dem er angesichts der militärischen Situation an die ausländischen Arbeiter appellierte, *wie bisher Eure Arbeit loyal, voll besten Willens und fleissig zu verrichten. Ihr steht unter dem Schutz des deutschen Volkes und könnt ungestört Eurer Arbeit nachgehen*¹⁸. Im Januar 1945 verbreitete der Kempener Landrat Odenthal einen Erlaß des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Behandlung der Ostarbeiter. Noch immer würde eine falsche Behandlung und teilweise mangelhafte Fürsorge und Betreuung der Arbeiter aus den Ostvölkern in den Lagern und an den Arbeitsstätten festgestellt, was sich nachteilig auf die Leistungen in der Rüstungsindustrie und auf die Kampfmoral der Freiwilligenverbände (Wlassow-Armee) auswirke. *So wird bei mir vornehmlich darüber Klage geführt, dass sich die Arbeiter aus den Ostvölkern noch immer (!) Prügeleien, Misshandlungen und Beschimpfungen aller Art gefallen lassen müssen, dass die zugeteilten Lebens- und Genussmittel sowie sonstige Bedarfsgüter gestohlen oder veruntreut und verschoben würden*. Was hier beklagt wird, war über Jahre Realität in den Lagern der Fremdarbeiter¹⁹.

Der Begriff „Fremdarbeiter“ wird in den Quellen als Sammelbegriff für zivile ausländische Arbeiter benutzt, „polnische Zivilarbeiter“ waren Arbeitskräfte polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement, den eingegliederten Ostgebieten und dem Bezirk Bialystok, unter „Ostarbeitern“ waren zivile Arbeiter aus den altsowjetrussischen Gebieten mit Ausnahme der baltischen Staaten, des Bezirks Bialystok und des Distrikts Lemberg zu verstehen. Die Grenzen zwischen einzelnen Gruppen der ausländischen Arbeiter waren in der Praxis fließend. Sie rekrutierten sich zum erheblichen Teil aus der großen Zahl von Kriegsgefangenen, die der Wehrmacht in den ersten Kriegsjahren in die Hände fiel. Polnische und französische Kriegsgefangene wurden im Laufe des Krieges in den Status von Zivilarbeitern überführt. Mit dem Begriff Zwangsarbeiter ist hingegen in erster Linie diejenige Personengruppe verbunden, die in den eroberten Gebieten zur Arbeit im Reich angeworben wurde. Dabei setzten die staatlichen Stellen anfangs durchaus auf arbeitsvertragliche Regelungen; man startete regelrechte Werbekampagnen, um sowohl in den westeuropäischen Staaten wie im besetzten Polen, der Ukraine und Weißrußland Männer und Frauen zur freiwilligen Arbeit im Reich zu bewegen. Je größer der Arbeitskräftebedarf wurde, je mehr deutsche Arbeiter in die Wehrmacht eintreten mußten, je konkreter die in der Hoffnung auf einen erneuten Blitzkrieg bereits in Auge gefaßte Demobilisierung zahlreicher Divisionen erst verschoben, dann abgesagt werden mußte, je geringer der Erfolg freiwilliger Werbung war, desto rigorosere wurden die Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitskräften. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können: Aus der Werbung von Arbeitskräften wurde das Erfüllen festgesetzter Normen, d. h. der Beschaffung einer je festgelegten Zahl von Menschen je Verwaltungseinheit, egal wie. Vor allem Russen und Ukrainer wurden wahllos zusammengetrieben, gemustert und mit Eisenbahnwaggons verschickt. Bevorzugt waren junge Arbeitskräfte, 15-, 16- und 17jährige Männer und Frauen waren auf den Transporten keine Seltenheit. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Begriff Zwangsarbeiter keine rechtliche Kategorie, sondern drückt eine Bewertung

17 GA Oedt 2264, Bl. 85

18 GA Anrath 611, Bl. 51

19 Zitat GA Anrath 611. Zu den Verhältnissen in den Fremdarbeiterlagern des Ruhrgebietes siehe HERBERT, *Fremdarbeiter*, passim.

Ausweis eines
1942 von der
Anwerbe-
kommission
Rheinland
angeworbenen
Landarbeiters
(Quelle:
H. Hegger,
Kempfen)

. Ausweis
СВІДОЦТВО

Nr. 135
145 der Werbeliste. Name: Luben Julian
№ 145 вербовочного листа. Прізвище
geb. 1926 aus Altinowka ist am 22/VI von der
Відділя Altinowka Вербовочною комісією Rheinland für eine Beschäftigung in
Anwerbekommission Rheinland für eine Beschäftigung in
задання роботи в Німеччині як Landarbeiter angeworben.
Deutschland als Landarbeiter завербований. Завербування

Diese Anwerbung ist bindend
зобов'язує.

Der Tag des Abtransportes ist am: 25/VI 10/VI
День від'їзду ешелону

Zammelpunkt: Anwerbekommission
Збірний пункт

Der Tag des Abtransportes wird am _____ im Arbeitsamt
День від'їзду ешелону буде оголошено через „Бюро праці“
durch Aushang noch bekanntgegeben.

Der Werber.
Вербуючий.

Ärztlicher Befund
Лікарський висновок

Nach eingehender Untersuchung: tauglich (+) +
Після проведеного огляду: здатний (+)
Самодоброду 10/VI/42 Stütz untauglich (-)
нездатний (-)
der untersuchende Arzt: W. W. W.
Оглядавший лікар

Vermerke der Anwerbekommission Rheinland:
Reichsreditkassenscheine RM 10.— abgeliefert.
Sudauen, den 15. Juli 1942. Wechselkasse.
W. W. W.

der Arbeits- und Lebensumstände dieser Zivilarbeiter aus. Im folgenden stehen die aus Polen, der Ukraine und Rußland stammenden Arbeiter im Mittelpunkt.

Das Ausmaß des Fremdarbeitereinsatzes im Kreis Kempfen-Krefeld

Einen ersten Einblick in das quantitative Ausmaß der Fremdarbeiterbeschäftigung in den Städten und Gemeinden des Kreises gibt ein bereits 1949 von dem International Tracing Service (ITS) veröffentlichtes Verzeichnis der Lager und Gefängnisse in Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten²⁰. Dieser Suchdienst war

20 Martin WEINMANN (Hrsg.), *Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP)*, Frankfurt a. M. 1990

bereits vor Kriegsende von den Alliierten aufgebaut worden, der den Verbleib der nach Deutschland verschleppten eigenen Staatsangehörigen aufklären sollte. Seit 1955 besteht er unter der Federführung des Internationalen Roten Kreuzes in Arolsen und verwaltet mehr als 34 Millionen Namenskarten für mehr als 12 Millionen Menschen. Diese Karteien wurden aus unterschiedlichen Quellen gespeist, u. a. aus den einschlägigen Unterlagen der Konzentrationslager und der Deutschen Arbeitsfront (DAF), aber auch aus den in der unmittelbaren Nachkriegszeit bei den Ausländersuchaktionen in den Kommunen erhobenen Daten. Der Internationale Suchdienst ist auch heute noch Anlaufstelle für die Bescheinigung von Aufenthaltszeiten ehemaliger Zwangsarbeiter. Aus den Unterlagen wurden für den Kreis Kempen-Krefeld folgende Lager ermittelt:

| | |
|----------------------------------|-----|
| <u>Amern</u> | |
| N.N. | 90 |
| <u>Bracht</u> | |
| Peter van Eyck | 80 |
| Laumans | 60 |
| Naus | 25 |
| Steinzeugröhren | 75 |
| <u>Dülken</u> | |
| Lagergemeinschaft Industrie | 300 |
| <u>Elmpt</u> | |
| Walderhalle | 300 |
| Kleiderwerk | 100 |
| Saal Bereths | 150 |
| Dampffalzziegelei | 200 |
| <u>Kaldenkirchen</u> | |
| Fortinwerke | 150 |
| Teeuwen | 300 |
| <u>Neersen</u> | |
| Reichsbahn | 145 |
| <u>Oedt</u> | |
| Bauer & Schaurte | 125 |
| Heinrich Eisenberger | 150 |
| Heinrich Buschhaus ²¹ | 65 |
| Johann Koelkes | 100 |
| Wilhelm Dohmes | 100 |

²¹ Wohl identisch mit dem von der Firma Girmes bei dem Gastwirt Heinrich Buschhaus für 40 Personen, meist männliche holländische Arbeiter, unterhaltenen Lager (KAV Kreis Kempen-Krefeld 10456, Bl. 64)

Süchteln

| | |
|----------------------------|-----|
| Heinrich v. Gerven | 200 |
| AL Kegelbahn | 60 |
| Vereinigte Seidenwebereien | 60 |
| Holz Mühle | 260 |
| Josefshaus | 130 |
| Kath. Volksschule | 100 |
| Kath. Volksschule | 80 |
| K. Eickes | 200 |
| H.J. Nellen | 80 |

Viersen²²

| | |
|------------------------------------------------|-----|
| Viersener AG für Spinnerei | 265 |
| C. H. Goeters Spinnerei | 90 |
| Lager im Gesellen-Haus u. verschiedene Schulen | 900 |

Waldniel

| | |
|--------------|-----|
| Rösler-Draht | 300 |
| Kunstseiden | 100 |

Willich

| | |
|-----------|-----|
| Stahlwerk | 60 |
| Schiffer | 100 |

Insgesamt nennt diese Zusammenstellung 5500 Personen, wobei die Zahlen sichtbar gerundet sind. Es ist nicht ganz einfach, diese Zahlen zu interpretieren. Wird mit ihnen die Größe der Lager angegeben, so daß über die Jahre gesehen wesentlich mehr Menschen die Lager durchlaufen haben oder handelt es sich um die Zahl der Fremdarbeiter, die während der Kriegszeit insgesamt in dem betreffenden Lager gelebt haben? Vergleicht man diese Zahlen mit den Daten, die im Dezember 1943 für die Lager im Kreisgebiet erhoben wurden, so zeigt sich die Bruchstückhaftigkeit unserer Kenntnisse. Hier werden 1998 Zwangsarbeiter erfaßt. In der obigen Liste sind z. B. nicht die Lager in Breyell, Brüggen, Elmpt, Grefrath, Hüls, Kempen, St. Hubert, St. Tönis und Vorst enthalten, die 1943 für zusammen 625 Personen aufgeführt werden. Dennoch ist die Gesamtzahl wesentlich größer. Auffallend sind auch die Größenunterschiede, die für einzelne Gemeinden genannt werden, z. B. für Elmpt 750 zu 42 im Jahre 1943. Dies hat möglicherweise damit zu tun, daß nach Ende 1943 die Zahl der Zwangsarbeiter erheblich angestiegen ist. In erster Linie scheint mir dieses Ergebnis jedoch eher zu belegen, wie fragmentarisch unsere Kenntnis selbst solch grundlegender Daten wie der Anzahl der Zwangsarbeiter ist. Hier ist der Historiker von den Ungenauigkeiten und den Zufällen der Überlieferung abhängig. Um die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter einzu-

22 Die Zahlen für die Viersener AG und C.H. Goeters auch bei MARCUS, *Der große Krieg*, S. 364. Die von ihm geschätzte Gesamtzahl von 900 Zwangsarbeitern (ebd. S. 574) liegt demnach zu niedrig, zumal er zusätzlich 50 Ukrainerinnen bei Pongs & Zahn nennt.

schätzen, ist zudem zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der Fremdarbeiter im ländlichen Kreis Kempen-Krefeld, nämlich die auf den Bauernhöfen untergebrachten Landarbeiter, in den Zusammenstellungen überhaupt nicht erfaßt werden. Die Landarbeiter lebten meist nicht in Lagern, sondern wohnten einzeln auf den Bauernhöfen, denen sie vom Arbeitsamt zugewiesen waren²³. Über das zahlenmäßige Verhältnis der Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter ist nur wenig bekannt. In Waldniel kennen wir die Berufe von 236 fast ausnahmslos aus Polen, der Ukraine und Rußland stammenden Zwangsarbeitern, wobei die Bezeichnung „Hilfsarbeiter“ die Arbeit in einer Fabrik bedeutet. 65 Hilfsarbeitern und 20 Hilfsarbeiterinnen stehen 109 männliche und 33 weibliche Landarbeiter gegenüber²⁴. Da die Arbeitskarten der Zwangsarbeiter der Firma Rösler-Draht fehlen, bei der laut der Liste des Suchdienstes 300, nach der Erhebung von 1943 200 Personen gearbeitet hatten, verschiebt sich das Verhältnis zwischen Industrie- und Landarbeitern erheblich, also maximal auf 385:142, ein Verhältnis von rund 3:1.

Nur für wenige Gemeinden liegen Listen oder Karteien der Zwangsarbeiter vor. Die Waldnieler Kartei geht auf die Angaben des Landesarbeitsamtes zurück und wurde auf dem Bürgermeisteramt geführt. Sie enthält neben Namen, Geburtsjahr und -ort, und Staatsangehörigkeit des Arbeiters auch Namen und Adresse des Arbeitgebers. Dasselbe gilt für die Karten aus Kaldenkirchen, doch sind hier zusätzlich Fotos der ausländischen Arbeiter enthalten²⁵. Fremdarbeiterlisten wurden nach Kriegsende auf Befehl der Alliierten zusammengestellt. Außer für Kaldenkirchen/Leuth und Waldniel blieben sie lediglich für Breyell/Boisheim im betreffenden Gemeindearchiv erhalten²⁶. Aus diesen Listen wie aus verstreut in anderen Akten genannten Namen konnten bisher rund 1500 Fremdarbeiter identifiziert und in eine Datenbank eingestellt werden.

Zu den Lebensbedingungen der Fremdarbeiter

Wie die Verhältnisse in den Lagern für Kriegsgefangene und zivile Ostarbeiter waren, läßt sich für den Kreis Kempen-Krefeld hinsichtlich der hygienischen Zustände anhand einer Akte des Gesundheitsamtes in Ansätzen beantworten. Kreisamtsarzt Dr. Gewaltig stellte im Mai 1940 generell fest, die hygienischen Verhältnisse in den polnischen Gefangenenlagern entsprächen den zu stellenden Anforderungen²⁷. Er forderte Verbesserungen bei der Desinfektion der Latrinen, die Schaffung von Waschgelegenheiten für jeden Gefangenen und eine verbesserte Bekleidung. Die Feststellung, daß die Gefangenen mehr als ein Hemd benötigten, zeigt, daß es sich um „Anforderungen“ auf unterem Niveau handelte, wie auch nicht anders zu erwarten ist.

23 Am 26. Juli 1941 heißt es, Lager für zivile Polen gebe es nicht im Kreisgebiet, 200 polnische Arbeiter seien einzeln bei den Landwirten untergebracht (KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 66). Für einen Teil des Kreisgebietes, den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsamtsnebenstelle Lobberich, liegen Namen und Geburtsjahr der landwirtschaftlichen Arbeiter sowie die Namen der Arbeitgeber im Juni 1942 vor. Die insgesamt 136 sowjetrussischen Arbeiter beiderlei Geschlechts verteilen sich auf Boisheim 8, Bracht 10, Breyell 18, Hinsbeck 28, Kaldenkirchen 22, Leuth 15, Leutherheide 5, Lobberich 28. Da diese Liste im Zusammenhang mit der Fleckfieberprophylaxe erstellt worden ist und nicht-russische Landarbeiter unberücksichtigt läßt, war die tatsächliche Zahl wesentlich höher (ebd., Bl. 130–133)

24 GA Waldniel 1063. Weiterhin werden dort genannt: 2 Weber, 1 Verzinker, 1 Spülerin, 1 Putzgehilfin, 1 Krankenschwester, 3 Hausgehilfinnen.

25 StA Kaldenkirchen 1413 und 1414

26 GA Breyell 1373 und 1461

27 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 28r

Flächendeckend für den gesamten Kreis wurden Ende 1943 die Arbeitslager auf Anordnung des Amtsarztes von den örtlichen Fürsorgerinnen überprüft²⁸. Hintergrund für die Berichte war die Furcht vor dem Einschleppen von seuchenähnlichen Krankheiten, insbesondere des von Läusen übertragenen Fleckfiebers. Aus diesem Grunde hatten die Behörden seit langem detaillierte Anweisungen zur Entlausung der in das Reich gebrachten Ostarbeiter und Kriegsgefangenen gegeben und in den Lagern die Einrichtung von Entlausungsanlagen bzw. die Gewährleistung hygienischer Mindestanforderungen vorgeschrieben. Auch in den Berichten stehen die gesundheitlichen und sanitären Aspekte im Vordergrund, aber darüber hinaus enthalten sie Angaben über Zahl und Geschlecht der Insassen, über die Lagerleitung, die Räumlichkeiten usw. Die Spannweite der in den Unterkünften angetroffenen Verhältnisse ist groß, sie reicht von mustergültig – was das auch immer sein mag – bis zu völlig ungeeignet. Das Lager der Firma Robert Kahrmann (Rokal) in Lobberich war *tadellos in Ordnung. Es ist ein neu eingerichtetes Barackenlager mit allen neuzeitlichen Einrichtungen. Es herrscht nicht nur peinliche Sauberkeit, sondern auch in allen Räumen eine gewisse Behaglichkeit*²⁹. Das Russenlager der Bahnmeisterei in Neersen befand sich *Dank der sehr besorgten und energischen Führung in einem durchaus sauberen und guten Zustand* und wurde von der Gauverwaltung der DAF gar als Musterlager ausgezeichnet³⁰. Anders sah es schon im Lager Forstwald der Firma Mennicken aus, in dem Wanzen vorhanden waren, die Waschgelegenheit sich in einer Pumpe erschöpfte und die russischen Arbeiter nur die Kleidung besaßen, die sie auf dem Leibe trugen, was nach dem Urteil der Fürsorgerin eine geregelte Körperpflege unmöglich machte. Diese Verhältnisse machten es notwendig, daß laufend Desinfektionspulver gestreut werden mußte. Die Öfen reichten nicht aus, um die Behausung zu heizen.

Ostarbeiter und Kriegsgefangene mußten sich in der Regel mit kargen sanitären Anlagen begnügen, sie schliefen unter Strohsäcken, deren Decken meist nicht gewaschen, sondern nur gelegentlich ausgeschüttelt wurden. Bettwäsche in engeren Sinn war häufig nicht vorhanden. Die Sauberkeit der Räume und Toiletten ließ zu wünschen übrig. Leibwäsche wurde wöchentlich, manchmal aber auch nur alle 14 Tage gewechselt bzw. gewaschen. Ungeziefer wie Läuse und Wanzen waren nur in wenigen Fällen festzustellen, so daß aus der Sicht des Arztes das Untersuchungsergebnis zufriedenstellend sein mußte. Die Furcht vor dem durch Läuse übertragenen Fleckfieber sorgte also dafür, daß sich die öffentliche Gesundheitsvorsorge um die Lager im Kreisgebiet kümmerte und ein Mindestmaß an Hygiene durchsetzte³¹. Informationen über den allgemeinen Gesundheits- und Ernährungszustand der Gefangenen und Zivilarbeiter enthält die Akte im übrigen nicht³².

Über die medizinische Versorgung der Fremdarbeiter sind wir im einzelnen nicht unterrichtet, doch hat es den Anschein, daß sie gewährleistet war. In den Ostarbeiterlagern waren z. T. Kranken- und Ärztezimmer vorhanden. Aus Breyell ist eine Liste

28 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 147–173

29 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 157

30 KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 158. *Über das Leben in diesem „Musterlager“ vgl. am Schluß dieses Aufsatzes den Bericht eines ukrainischen Zwangsarbeiters.*

31 *Daß die Sorge nicht unbegründet war, zeigt die vertrauliche Warnung Gewaltigs vor Fleckfieber bei einem großen Transport von Ukrainern (14. 3. 1943) und dem Fleckfieberverdacht im Ostarbeiterlager Dülken (1944) KAV, Kreis Kempen-Krefeld 13289, Bl. 119 und 175*

32 *Auf eine schlechte Ernährungssituation deutet die Verfügung des Landrats Odenthal vom 9. 6. 1944 hin, in der vom Bettelunwesen der ausländischen Arbeiter gesprochen wird. Sie würden Brot und Lebensmittelmarken erbetteln, um mit den Waren Handel zu treiben (GA Oedt 2264, Bl. 27)*

der im dortigen Krankenhaus behandelten Ausländer erhalten, die zeigt, daß Russen, Polen, Franzosen und Niederländer auch mit leichteren Krankheiten wie Grippe und Angina stationär behandelt wurden³³. Im Antoniushospital in Waldniel brachten schwangere Ostarbeiterinnen ihre Kinder zur Welt³⁴.

Das „Fremdarbeiterproblem“ aus der Sicht der Verwaltung

Die große Zahl der Fremdarbeiter war in den Augen der Behörden eine potentielle Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Denn neben den einzeln auf den Bauernhöfen untergebrachten Landarbeitern, die sich relativ frei bewegen konnten, war auch für die in Gewerbe und Industrie beschäftigten Fremdarbeiter die Unterbringung in einem Lager nicht mit einem generellen Ausgehverbot verbunden. Grundsätzlich war es ihnen erlaubt, zu bestimmten Stunden das Lager zu verlassen, wie auch die Staatspolizeileitstelle Düsseldorf im März 1944 betonte³⁵. Sie sollten aber stets als Fremdarbeiter zu erkennen sein. Dementsprechend hatten Polen ein „P“ auf der linken Brustseite, Ostarbeiter das Zeichen „Ost“ auf der Brust bzw. auf dem linken Ärmel sichtbar und fest angenäht zu tragen.

Die Behörden führten Klage darüber, daß sich ausländische Arbeiter eigenmächtig bei den Arbeitsämtern zur Vermittlung meldeten, ohne hinreichende Aufklärung über ihre bisherige Arbeitsstelle zu geben. Man ging dabei von der Vermutung aus, daß die betreffenden Arbeiter eine aus ihrer Sicht unzumutbare Arbeitsstelle aufgegeben hatten und nun auf eine passendere Beschäftigung hofften. Gestapo, Deutsche Arbeitsfront und Arbeitsamt legten daraufhin fest, daß in solchen Fällen von Arbeitsvertragsbruch die Arbeiter nur noch in solche Stellen vermittelt werden sollten, in denen schmutzige und körperlich schwere Arbeit zu verrichten war. Dadurch sollte in jedem Fall eine Schlechterstellung erreicht werden³⁶. In welchem Maße Arbeitsvertragsbruch im Kreis Kempen-Krefeld verbreitet war, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die relativ große Bewegungsfreiheit der Fremdarbeiter veranlaßte auch den Kempen Landrat Odenthal, eine allgemeine Kontrolle der polnischen Zivilarbeiter und der Ostarbeiter für den 12. Dezember 1943 anzuordnen. Es sollte insbesondere geprüft werden, ob das Verbot, den Arbeitsort zu verlassen, eingehalten wird oder nicht. In gleicher Weise war das Augenmerk auf etwaige Zusammenkünfte von Fremdarbeitern an abgelegenen Stellen zu richten. Ein Mittel, um die Bewegungsfreiheit der Fremdarbeiter einzuschränken, war das Verbot, Fahrräder oder Öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Es ist schon kurios oder auch typisch, wie legalistisch Odenthal hier vorgeht: für die Polen bestand durch eine Regierungspolizeiverordnung ein ausdrückliches Verbot der Fahrradbenutzung, für Ostarbeiter hingegen nicht. Um hier juristisch einwandfrei zu handeln, verweist er für die Ostarbeiter auf den § 1 der Straßenverkehrsordnung als Handhabe. Außer den Fahrrädern sollte bei der in Frage stehenden Razzia in den Arbeitslagern nach eigenmächtig beschafften Lebensmitteln gesucht werden. Wichtig war zudem die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht durch

33 GA Breyell 1383. Eine Gruppe von 13 Niederländern, die vom 18.–26. 11. 1944 wegen Schußverletzungen behandelt wurden, war Opfer eines Flugzeugangriffs auf einen Zug geworden. Eine entsprechende Liste für das Krankenhaus Vorst GA Vorst 2422, Bl. 6.

34 GA Waldniel 652, Bl. 412

35 GA Anrath 611, Bl. 73

36 GA Anrath 611, Bl. 74

die Fremdarbeiter. Odenthal weist abschließend und zusammenfassend darauf hin, dass gerade die ins Reich gebrachten Ostvölker eine starke Belastung der Staatssicherheit darstellen. So machen sich auch Bestrebungen bemerkbar, die geeignet sind, die Staatssicherheit ernstlich zu gefährden. Um diesem wirksam entgegenzustreben ist es dringend notwendig, dass die Ortspol[izei] Behörden in ihrer Überwachungstätigkeit nicht nachlassen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit örtliche Kontrollen durchführen³⁷.

Es ist die Frage, ob diese allgemeinen Befürchtungen einen realen Hintergrund gehabt haben. Anfang 1944 schreibt Odenthal in einer Verfügung an die Ortspolizei-behörden: *Das Auftreten der Ausländer, insbesondere der Ostarbeiter und polnischen Zivilarbeiter in der Öffentlichkeit hat in letzter Zeit immer häufiger Anlass zu Klagen der Bevölkerung gegeben. In Einzelfällen sind auch deutsche Frauen in der Dunkelheit von Ausländern belästigt worden, wenn mir auch Klagen über Überfälle und Beraubungen bisher nicht bekannt geworden sind*³⁸. In Bracht wendet sich Bürgermeister Schmitz am 30. April 1943 an den Landrat: *Die Fälle, wo Ostarbeiter entgegen den Bestimmungen frei herumgehen, mehren sich von Tag zu Tag. Obschon die Lagerführer bei den einzelnen Werken und auch die Landwirte auf die Bestimmungen bezügl. Behandlung der Ostarbeiter genauestens hingewiesen worden sind, scheinen die meisten es nicht für nötig zu finden, sich an diese Bestimmungen zu halten. Die Ostarbeiter besuchen die Kinos in den benachbarten Orten, gehen Sonntags zu den öffentlichen Gottesdiensten, machen Spaziergänge mit 5, 10 und 15 Personen zusammen und dergl. mehr. Das geht sogar so weit, dass Sonntagmorgens die meisten Ostarbeiterinnen sich zur benachbarten Gemeinde Breyell begeben, sich dort mit den männlichen Ostarbeitern der Firma Rötzel treffen und mit ihnen stundenlang durch die Gegend herumgehen. Dass derartige Zusammentreffen auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben, ist selbstverständlich. Die hies[igen] Werke sind auch bereits auf diese Folgen aufmerksam gemacht worden. In den Abendstunden spazieren Männlein und Weiblein der Ostarbeiter derart häufig herum, dass diese das Strassenbild beherrschen. Sie gehen soweit, dass sie beim Begehen der Bürgersteige den Einwohnern keinen Platz machen, sodass die Einwohner ausweichen oder die Bürgersteige verlassen müssen.*

M. E. muss hier viel strenger durchgegriffen werden, da diese Vorkommnisse auszuarten drohen. Es kann aber nur Abhilfe geschaffen werden, wenn alle Ortspolizei-behörden genau nach den vorgeschriebenen Bestimmungen verfahren und die Ostarbeiter im Strassenverkehr strengstens beobachten.

Auch lässt das Tragen der „P“ und „Ost“-Abzeichen sehr viel zu wünschen übrig. Meistens werden diese Abzeichen versteckt getragen und nicht aufgenäht, wie die Vorschrift das verlangt. Dadurch fallen die Ostarbeiter im Strassenverkehr, Kirchen- und Kinobesuch nicht auf und gelten als Einheimische.

*Wie mir dieser Tage bekannt wurde, soll sogar zwischen den Ostarbeitern und Arbeiterinnen eine geheime Flüsterpropaganda betrieben werden, was auch auf die Dauer durch das häufige Zusammentreffen dieser Menschen nicht ausbleiben kann*³⁹.

37 GA Anrath 611, Bl. 52v

38 GA Anrath 611, Bl. 105. Bei den daraufhin durchgeführten Polizeistreifen wurden keine Beanstandungen gemacht. Auch der Oedter Bürgermeister bestätigt, daß es bisher keine Belästigungen von Deutschen durch ausländische Arbeiter gegeben hat (GA Oedt 2264, Bl. 31)

39 GA Anrath 625, Bl. 3.

Gleichgültig ob diese Zustandsschilderung objektiv richtig ist: Schmitz fühlt sich und seine Gemeinde subjektiv durch die Fremdarbeiter bedroht, wie seine Vokabeln „beherrschen“, „geheime Flüsterpropaganda“ oder die ‚Machtfrage‘ auf dem Bürgersteig zeigen. Er verlangt Durchgreifen und strengste Kontrolle.

Der Oedter Gendarmeriemeister bestätigt für seinen Zuständigkeitsbereich ausdrücklich die in Bracht gemachten Erfahrungen, vor allem hinsichtlich der Sonntage⁴⁰. Die Ursache sieht er konkret in *der sehr laschen Aufsicht durch die betreffenden Arbeitgeber*, die die Ansicht verträten, *daß nach einer Woche Arbeit eine gewisse Erholung für die Arbeiter angebracht sei*. Dabei würden sie nicht berücksichtigen, daß dieser für Deutsche berechnete Standpunkt gegenüber Ostarbeitern nicht angewendet werden könne. Durch die Gewährung von Freiheiten würden die Arbeitgeber eine erhöhte Arbeitsleistung erwarten. Auch hier lassen sich unterschwellige Befürchtungen feststellen: Laschheit werde als Schwäche verstanden und könne zu passivem Widerstand führen. Es dürfe unter keinen Umständen der Anschein erweckt werden, die Ausländer würden den Ton angeben. Klagen über unbeaufsichtigte Zivilarbeiter, Nachlässigkeit der Betriebsführer und der Lagerleiter finden sich schon 1942 sowohl von der Gestapo Krefeld wie vom Bürgermeister der Gemeinde Oedt⁴¹.

In Breyell kamen die Zwangsarbeiter aus umliegenden Gemeinden zusammen, weil sie verpflichtet waren, sich für das Lichtbild auf ihrer Arbeitskarte fotografieren zu lassen. Bei dem großen Andrang war es nicht verwunderlich, daß *eine rege Unterhaltung erfolgt und bei der Unterhaltung vielleicht eine geheime Flüsterpropaganda betrieben wird*⁴². Der Gemeindepolizist konnte aber keine Beanstandungen bei der Kontrolle von Lokalen, Kinos usw. oder hinsichtlich des Tragens der Ostarbeiterabzeichen machen. Das Haftbuch der Gemeinde Breyell verzeichnet für 1942–1945 ca. 30 Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die wegen Arbeitsvertragsbruch, Flucht oder Diebstahl arrestiert wurden⁴³. Auch in Schiefbahn 1943 die gleichen Klagen: ausländische Arbeiter, die nach Einbruch der Dunkelheit auf den Straßen herumlaufen, sonntags mit der Straßenbahn nach auswärts fahren, heimliche Treffen von Männern und Frauen, verbotene Kinobesuche und Verstöße gegen das Tragen der „Ost“- oder „P“-Abzeichen. Auch hier die Klage, die Arbeitgeber könnten sich gegen die Ostarbeiter nicht durchsetzen⁴⁴. Ortsbauernführer Karl Ditges soll dafür sorgen, daß die Bauern auf Disziplin unter ihren Ostarbeitern achten und nicht unkontrolliert Arbeiter einstellen, denn bei ihnen könne es sich um geflohene sowjetische Kriegsgefangene handeln.

Die grundsätzlichen Bestimmungen für Unterbringung und Lebensführung der Fremdarbeiter waren darauf ausgerichtet, den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung auf das Notwendigste zu beschränken. Die Abwehr sogenannter *volkstumspolitischer Gefahren* beschäftigte intensiv die Führung von Partei und Staat. Sie zielte auf die Unterbindung sexueller Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern, wobei aus rasseideologischen Gründen, teilweise aber auch aus Motiven politischer Opportunität

40 GA Oedt 2264, Bl. 46

41 GA Oedt 2264, Bl. 88f.

42 GA Breyell 213, Bl. 89v (Bericht vom 26. Mai 1943). Die meisten erhaltenen Kennkartenfotos der Kaldenkirchener Zwangsarbeiter tragen den Stempel des Breyeller Fotogeschäfts Goertz. Nach Auskunft von Foto-Goertz sind keine Negative der Fremdarbeiteraufnahmen mehr erhalten.

43 GA Breyell 1155

44 GA Schiefbahn 1181, Bl. 60f.

zwischen aus West- und Osteuropa stammenden Arbeitern unterschieden wurde⁴⁵. Aus durchsichtigen Gründen forderte der Reichsführer SS, in den ländlichen Gebieten *mit den Arbeitern polnischen Volkstums örtlich gleichzeitig auch Arbeiterinnen polnischen Volkstums in gleicher Anzahl einzusetzen*. Sollte dies im Einzelfall nicht möglich sein, solle den volkstumpolitischen Gefahren durch Einrichtung von Bordellen mit polnischen Mädchen vorgebeugt werden⁴⁶. Der Umgang deutscher Frauen mit polnischen Arbeitern galt als Kapitalverbrechen, das für den Polen den Tod, für die deutsche Frau Gefängnis oder Einweisung in ein Konzentrationslager bedeutete. Im umgekehrten Fall war die Polin einem Frauenkonzentrationslager, der deutsche Mann einem KZ zu überstellen⁴⁷. Allein in Kempen ermittelte die Gestapo in 6 Fällen wegen des verbotenen Umgangs mit Fremdarbeitern, „das dunkelste Kapitel der Gestapo-Tätigkeit in Kempen“, wie Friedhelm WEINFORTH nach der gründlichen Auswertung der Düsseldorfer Gestapoakten feststellte⁴⁸. Drei Fremdarbeiter wurden wegen ihres sexuellen Umgangs mit Kempener Frauen mit dem Tode bestraft, zwei von ihnen in Schmalbroich öffentlich, der dritte im KZ Sachsenhausen gehängt, nachdem die Gestapo von einer Hinrichtung vor Ort abgeraten hatte, weil die Bevölkerung hierfür nicht genügend vorbereitet sei und als Katholiken „in dem Polen nicht den Erzfeind des Deutschtums, sondern den frommen gläubigen Menschen“ sähen. Entsprechend den oben genannten Bestimmungen wurde auch die Frau bestraft. Vermutlich in Bezug auf einen der beiden anderen Fälle, der Exekution eines 26jährigen Polen, berichtete der Landgerichtspräsident Düsseldorf, es herrsche „in der Bevölkerung Unmut darüber ... daß nicht auch gegen das deutschblütige Mädchen vorgegangen werde“⁴⁹. Diese Aussage zeigt, daß die Bevölkerung die „volkstumpolitischen Maßnahmen“ zumindest partiell akzeptierte.

Noch auf einen weiteren Aspekt der Separierung insbesondere der polnischen Fremdarbeiter soll hingewiesen werden, den Besuch des Gottesdienstes. Polen durften nur an Sondergottesdiensten teilnehmen, in denen der Gebrauch der polnischen Sprache für Predigt, Gesang und Beichte strikt verboten war. Deutsche waren nicht zugelassen. Religions- und Kommunionunterricht für Kinder polnischer Zivilarbeiter war grundsätzlich verboten⁵⁰. Das Separierungsgebot galt über den Tod hinaus: Polen durften nur getrennt von den Deutschen bestattet werden. Aber auch hier fielen nicht immer Norm und Wirklichkeit zusammen. Ausgerechnet der wegen seiner engen Beziehungen zum Nationalsozialismus bekannte Kaldenkirchener Pfarrer Dederichs

45 Zum Zusammenhang siehe HERBERT, *Fremdarbeiter*, S. 141ff. So wurde etwa auf das verbündete Italien oder auf die Resonanz in Westeuropa Rücksicht genommen.

46 Schreiben Himmlers an den Reichsarbeitsminister vom 8. März 1940, das als Erläuterung der Vorschriften für die Behandlung polnischer Fremdarbeiter an die Gemeinden verschickt wurde (GA Oedt 2263)

47 Zur Verfahrensweise siehe HERBERT, *Fremdarbeiter*, S. 148. Zeitweise versuchte man „ehrvergessene deutsche Frauen“ öffentlich anzuprangern, ein Verfahren, das wegen Erfolglosigkeit eingestellt wurde (ebd. S. 146, die entsprechende vertrauliche Verfügung z. B. GA Anrath 625, Bl. 38)

48 Friedhelm WEINFORTH, *Campunni-Kempen. Geschichte einer niederrheinischen Stadt Bd. 1*, Viersen 1993, S. 372ff.; ders., *Geschichte von St. Hubert*; ders. „Schwarze Hunde – beamtet, bieder und klerikal folgsam“. Einblicke in die Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei in Kempen und St. Hubert, in: HBV 43 (1993), S. 134–157, Zitat S. 146. Faksimiles aus den Gestapoakten in: *Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter in Krefeld 1939 bis 1945. Eine Dokumentation der Geschichtswerkstatt Krefeld (= Edition Billstein Bd. 3) Krefeld 1994*, S. 35ff.

49 HERBERT, *Fremdarbeiter*, S. 150. Zwei weitere Fälle von „verbotenem Umgang“ mit Kriegsgefangenen werden in GA Willich 1649 und 1658 erwähnt.

50 Vgl. hier die Sammlung von Verordnungen in GA Oedt 2263, Bl. 15ff., 24ff.

wurde 1944 vom Bürgermeister ermahnt, Ostarbeiter nicht weiter am Gottesdienst der deutschen Volksgenossen teilnehmen zu lassen⁵¹. Auch in Oedt-Mülhausen wohnten Polen und Ostarbeiter dem allgemeinen Gottesdienst bei, so daß der Pfarrektor Völl an die einschlägigen ausländerrechtlichen Bestimmungen erinnert wurde⁵².

Die vorstehende Skizze versuchte darzustellen, was anhand der Akten in den Stadt- und Gemeindearchiven sowie in der Überlieferung der Kreisverwaltung über die Fremdarbeiter zuverlässig gesagt werden kann. Sieht man von den allgemeinen Verfügungen und Erlassen ab, die für das gesamte Reich verbindlich waren, ist es insgesamt wenig, was über das konkrete Leben der Fremdarbeiter vor Ort, ihr Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung, über Ernährung, Wohnung und Kleidung in Erfahrung gebracht werden kann. Viele Fragen, die für eine Beurteilung des Schicksals der Fremdarbeiter gestellt werden müssen, bleiben unbeantwortet. Es ist letztendlich erschreckend, wie wenig wir über die Geschichte einer Gruppe von mindestens 5000 Menschen wissen, die rund 5 Jahre im öffentlichen Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden unübersehbar waren und mit denen viele Einheimische am Arbeitsplatz oder durch räumliche Nähe zu tun hatten. Hinzu kommt als weiteres Moment das Unbehagen über die Einseitigkeit der Quellen. Fremdarbeiter lernen wir nur aus der Sicht der Obrigkeit kennen. Wenn oben von dem subjektiven Gefühl des Bedrohtheits durch die Zahl der Fremdarbeiter bei Bürgermeistern und Polizisten die Rede war, so fehlen schlichtweg als Korrektiv Angaben über den Grad der objektiven Bedrohung der Zwangsarbeiter eben durch diese Obrigkeit oder durch die Bevölkerung. Von daher bleiben die Ergebnisse fragmentarisch und unbefriedigend.

Wir verfügen bisher lediglich über zwei Zeugnisse, die die Sicht eines Zwangsarbeiters widerspiegeln. Ein ehemaliger ukrainischer Zwangsarbeiter legte seinem Schreiben, in dem er vor kurzem um die Bestätigung seiner Zeit als Zwangsarbeiter im Lager der Reichsbahn zu Neersen bat, Kopien von 2 Postkarten bei, die er im Februar und März 1943 von dort aus an seine Familie in die Ukraine geschrieben hatte⁵³. Beide Texte sollen zum Abschluß wiedergegeben werden:

26. Februar 1943

Von Wanja Pawlük an Olena Pawlük.

Erstens möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich noch gesund und am Leben bin.

Dasselbe wünsche ich auch Ihnen.

Ich richte, Mama, meine tiefste Verbeugung Katja, Jascha, allen Verwandten und der Großmutter aus.

Ich bekam von Ihnen überhaupt 3 Postkarten und ... Paket(en) und bin sehr dankbar dafür. Ich danke Ihnen, daß Sie mich nicht vergessen haben.

⁵¹ StA Kaldenkirchen 1457, Bl. 169. Zu Dederichs siehe PETERS, Kaldenkirchen Bd. 2, S. 214ff. und 353.

⁵² GA Oedt 2263, Bl. 5; und 2264, Bl. 45

⁵³ Für die Übersetzung der Texte danke ich Frau Dr. Lilia Wick, Moers. Die Postkarten sind leider z.T. beschnitten, so daß der Text nicht vollständig erhalten blieb. Nicht lesbare Stellen werden durch gekennzeichnet.

Wohnort, auch Zustell- oder Leihort
 bei M. Gladbach, Pld.
 Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer

Письмо получено 26/II-43 посыл
 big Павлона Ваня до
 Олена Павлон. Першу
 за все сповинаюся я
 здоров-здоров, того і сам
 зосилюю і передаю нисе-
 ських поклонах мамі,
 Каті і дити і всім
 родинам і бабуні.
 Яд big вас накруив
 свого і перши открий
 ки ібо не си го сик за
 які гірше і дити ва-
 родати що і ви не за
 ніче не забути.



Frau Olena Pawluk
 Dorf Sosnowka
 bei Yadjatsch 2
 Poltawa-Gebiet
 Ukraine

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer

Postkarte des Zwangsarbeiters W. Pawluk vom 26. Februar 1943

Ich schickte Ihnen mein Bild. Auch Briefe schreibe ich Ihnen fast jede Woche, aber weiß nicht, ob Sie die bekommen.

Ich habe mir ein Paar Schuhe für ... Mark gekauft. Für nichts anderes reicht mein Geld aus. Mit der Kleidung ist es (schlecht). Fast alles ist zerrissen. Die leinenen Hemden, die ich hatte: eines ist schon zerrissen, das zweite fängt an. Die Unterhosen und Hosen sind noch ganz.

Die aus Kattun ist/sind so zerrissen, daß ich die nicht mehr flicken kann, also habe ich die Säcke von den Paketen⁵⁴, die Sie mir geschickt haben Fußlappen

Wenn es möglich ist, schickt mir bitte Hemden, aber seid mir nicht böse dafür. Sie wissen doch, wie es mir geht. Wie beim Einschlafen, so auch beim Aufwachen mache ich mir Gedanken um meine liebste Mutter, an mein Schwesterchen Katja; denke, wie Ihr dort lebt, geht es Euch gut oder seid Ihr unglücklich.

Ich habe einen Brief an Onkel Mikola geschrieben.

Wenn Sie mir Päckchen schicken, dann fügen Sie auch einen Brief bei. Schreiben Sie über das dortige Leben, wie geht es Ihnen Mama, Katja, Jascha gesundheitlich?

Ich träume oft von Euch.

Wie viele Aushebungen gab es noch nach meiner? Wer wurde ergriffen? Sendet mir die Adresse von Wasil Katlam(yi).

54 Die Pakete waren mit Sackleinen umhüllt.

2. März 1943

Von Wanja Pawlük an Olena Pawlük

Erstens richte ich Ihnen für alles meine tiefste Verbeugung aus und bestelle Grüße an Katja, Jascha und alle Verwandten.

Von Ihnen bekam ich schon ... Postkarten, 1 Brief und Paket (en), und bin Ihnen sehr dankbar dafür.

..... ich weiß nicht, ob Sie es bekommen haben.

Mein Leben hier können Sie sich vorstellen. Nie im Leben werde ich mein Haus und meine liebe Heimat vergessen. Ist eine Woche vorbei, gehe ich nach draußen: alles ist grün, die Vögelchen singen, atme ich die Frühlingsluft ein und es wird mir so schwer ums Herz und ich denke: wäre ich zu Hause, könnte ich spaziergehen, mit meinen Freunden im Gras unter den Kiefern liegen. Ich schlage meine Hände über den Kopf zusammen und weine. So weinend, schlepe ich mich dahin in die Baracke. Und das alles ist mein Leben, Mama.

Ich bitte Sie, meine teure Mutter, wenn es möglich ist, schicken sie mir etwas Kleidung und Grütze.

Schreiben Sie über das Leben zu Hause, ob Sie gesund sind. Wie geht es Katja und Jascha? Schreiben Sie bitte öfter. Über die Aussaat auf den Feldern. Senden Sie mir bitte die Adressen von Wasil Katlam(yi), Iwan Koziewyi und von Mädchen aus unserer Ecke zu.

Ich verabschiede mich Mama, Katja, Jascha. Den Brief schreibe ich unter den Tränen und denke an dich, meine arme Katja